

tendenz



Zeitung der JungdemokratInnen / Junge Linke
A7408F-JD/IL, Greifswalder Strasse 4 10405 Berlin

SCHWERPUNKT	DEMOKRATIE	EMANZIPATION	FUSSBALL WM	VERBAND
Hartz IV Schnüffler Steuerpolitik Bundeswehr	Funkende Ausweise Sichere EU Drogen? Drogen!	Heim zur Familie Alice Schwarzer Neue Frauenpolitik	Jobwunder Prostitution Hooligans	Interview Termine Sonderbeilage RADZI!

Politik der Großen Koalition

Schluss mit Lustig

Endlich herrscht sie wieder im Lande, die Harmonie, die in einem neuen alten Wir-Gefühl und einer vermeintlich ideologiefreien Anpack-Mentalität schwelgt. Die große Koalition der besiegelten Einheitspartei hat sie uns gebracht.

Im Bundestag herrscht wieder blanker „Pragmatismus“, denn mit Deutschlands Wirtschaft soll es wieder aufwärts gehen, weshalb immer mehr „Reformen“ für die Konzerne und Unternehmen aber gegen die BürgerInnen gemacht werden. Zum neoliberalen Umbau bzw. Abbau des bereits zerlöchernten Sozialstaats stehen neben der fast ¾ Mehrheit durch die schwarz-rote Koalition auch zwei der drei Oppositionsparteien, nämlich FDP und Grüne im Bundestag bereit. Außerdem sind die Mehrheiten im Bundesrat sowieso schon gesichert. Nachdem nun keine der beiden „Volksparteien“ mehr um die Gunst der WählerInnen buhlen muss, indem sie bloße Facetten des Neoliberalismus als Alternativen präsentieren, da keine von ihnen mehr auf der Oppositionsbank sitzt, kann die Große Koalition losregieren. Und das geschieht heutzutage angeblich ganz pragmatisch, im Sinne der BürgerInnen. Denn schließlich gibt es ja angeblich keine Alternativen zum neoliberalen Marktradikalismus, in dem sich der Staat aus jedweder sozialen Verantwortung zurück zieht.

Unpolitische Politik?

Das Ganze nennt sich dann „Durchregieren“ und ist auch noch „ideologiefrei“, denn wo es angeblich keine Alternativen mehr gibt, braucht es quasi keine politischen Entscheidungen mehr, man entscheidet ja auch nicht, ob man atmet oder lieber nicht. Damit kann der politische Gegner in Parlamenten und in der außerparlamentarischen Opposition einfach zum verblendeten Ideologen abgestempelt werden, der es entweder noch nicht verstanden hat oder noch schlimmer - die Gesellschaft ins Chaos vergangener Zeiten stürzen will. Das ist nicht nur falsch, sondern auch undemokratisch, denn diese Politik verhindert gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und bringt vor allem die Ausgebeuteten und Machtlosen um die Durchsetzung ihrer demokratischen Rechte.

... und ihre knallharte Umsetzung

Doch weder die neoliberale Doktrin noch die Große Koalition sind frei von politischen Konzepten und Ideologien, nach denen sie den Staat und die Bevölkerung formieren wollen. Die Politik des Neoliberalismus, die von der Großen Koalition fortgeführt

und verschärft durchgesetzt wird, führt dazu, dass der Staat sich immer mehr aus den politischen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzieht. Hier werden die staatlichen Regelungsmechanismen immer weiter abgebaut und der einzelne immer mehr zur privaten Verantwortung für sein Bildungsdefizit, seine Arbeitslosigkeit etc. gezogen. Hierdurch werden gesellschaftliche

hier kann die Bürgerin noch das Gefühl haben, dass der Staat etwas für sie tut. Denn wenn sie schon nicht mehr vor gesellschaftlichen Risiken wie Arbeitslosigkeit geschützt oder in solchen Situationen aufgefangen wird, so kann sie wenigstens wissen, dass der Staat alles tun wird, um sie vor terroristischen Attacken oder ähnlichem zu schützen. Auch wenn dies um den



Probleme privatisiert, diese erscheinen nicht mehr als politische, sondern als persönliche, denen nur durch verschärfte Kontrolle des Staates Herr zu werden sei. Die Bürgerin wird immer mehr zur mutmaßlichen Sozialbetrügerin,

Preis der Freiheit und Demokratie getan wird und ein Klima der Terror-Panik selbst erst medial erzeugt wird. Und sie bekommt erklärt, dass auch sie als kleines schlechtbezahltes Rädchen im Getriebe, und sei es als Klofrau



Nachwuchs-Verweigererin und mehr.

Diese Entwicklungen, die den Kräften des freien Marktes im Wirtschaftsraum immer mehr Spielräume eröffnen, die ihnen ausgelieferten Menschen auszubuten, bewirken gleichzeitig eine massive Verunsicherung über persönliche Perspektiven und die zukünftige soziale Sicherheit in der Bevölkerung. Um dieses Gefühl der Verunsicherung zu kompensieren, versucht sich der Staat einerseits in einer immer ausufernden Sicherheitspolitik und andererseits in der Schaffung eines Wir-Gefühls der Nation. Damit diese Entstaatlichung der Wirtschaftspolitik bloß niemand entdeckt, wird ein enormer Sicherheitsapparat hochgezogen. Wenigstens

während der WM, einen wichtigen Anteil an der deutschen Nation hat.

Wir sind dagegen!

So wie zu jedem politischen Konzept, gibt es auch zur Politik der Großen Koalition Gegenentwürfe. Es sind politische Entscheidungen und Kämpfe, ob eine Gesellschaft aus Individuen à la homo oeconomicus besteht, der nur das Maximale für sich selbst raus holt ohne Rücksicht auf oder Solidarität für andere, oder ob man eine friedliche, soziale, emanzipatorische Gesellschaft anstrebt, die durch Demokratie die Freiheit ihrer Mitglieder gestaltet und schützt.

Dana Lüddemann

Kommentar

Top Secret

Seit dem 11. September 2001 erleben wir eine fatale Enttabuisierung und Demontage dessen, was einst als Menschenrechtsstandard mühsam und mit vielen Opfern erkämpft worden ist.

Im Kampf für das „westliche Wertesystem“, zur Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaat, scheinen alle Mittel recht zu sein. Selbst jene, die fundamental gegen die Prinzipien eben jener Welt verstoßen, wie Verschleppung und Folter. Dass die Demokratie sich damit selbst aushebelt, scheint wenige zu interessieren. Die rot-grüne Bundesregierung hat diese Terrorismusbekämpfung mit den Mitteln des Terrors auf dem Boden des Grundgesetzes geschehen lassen - und hat sich mitschuldig gemacht. Sie interessierten sich weniger für Grund- und Völkerrecht von Menschen als für die erforderten Informationen. Was Zeitungen aufdeckten, ist wahrscheinlich nur ein Teil der strukturell intransparenten Geheimdienstaktivitäten.

Die Aufklärung völkerrechtswidriger CIA-Flüge über die BRD und die Beteiligung an der Verschleppung und den Verhören gekidnappter Terrorverdächtiger in Folterstaaten durch den Bundesnachrichtendienst (BND) und das Bundeskriminalamt (BKA) verläuft zäh. Auch wenn sich das geheime Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) mit den Vorfällen beschäftigt hat und mittlerweile ein Regierungsbericht zur BND-Affäre vorgelegt wurde, bleibt vieles ungeklärt. So erlebt man zurzeit zu den CIA-Flügen nur regierungs-offizielles Schulterzucken. Völlig einig zeigen sich SPD und Union in der Frage, ob geheimdienstliche Methoden und Erkenntnisse in die Öffentlichkeit gehören: Nein, die Behandlung der offenen Fragen im PKG sei vollkommen ausreichend. Nichts davon gehöre ins Parlament selbst, denn man „wisse jetzt alles, was die Regierung weiß“ (Olaf Scholz, SPD). Die FDP war sich seit der Veröffentlichung des Regierungsberichts über CIA-Flüge, Geheimdienstaktivitäten im Irak, Zusammenarbeit des BND mit dem CIA und der Verschleppung deutscher Staatsbürger erst einmal nicht mehr so sicher, ob man die deutschen Geheimdienstaktivitäten nicht doch lieber hinter verschlossenen Türen behandeln sollte. Auch die Grünen, die sich im Wahlkampf gerne als Bürgerrechtspartei gefeiert haben, schwanken zuerst in der Frage, wie ernst sie die Bürgerrechte wirklich nehmen wollen. Denn schließlich könnte durch einen Untersuchungsausschuss ihr Popstar und ehemaliger Außenminister Joschka Fischer selbst als Mitwisser enttarnt werden.

Mit der Veröffentlichung des Regierungsberichts scheint neben allen Grauzonen nur eines klar zu sein: Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) scheint sich vorerst mit seiner Forderung nach der Legalisierung der Verwendung von unter Folter erpresster Informationen nicht durchsetzen zu können. Die Regierung hat in ihrem Bericht nämlich neue Grundsätze vorgelegt, nach denen Beamte des BKA zukünftig an Auslandsverhören des BND nicht mehr teilnehmen dürfen, die Verhöre nur bei freiwilliger Kooperation des Gefangenen zugelassen werden, und abgebrochen werden müssen, falls es Anzeichen dafür gebe, dass ein Gefangener unter Folterfolgen leide. So schön und gut sich diese neuen Grundsätze anhören, so können sie doch nicht verschleiern, dass das absolute Folterverbot in der Vergangenheit mit Füßen getreten wurde. Und außerdem: Wo und wie soll denn die Kontrolle dieser Grundsätze stattfinden, wenn ausführliche Informationen über Geheimdienste und deren Machenschaften auf keinen Fall an die Öffentlichkeit dringen dürfen?

Denn dies gehört zur Struktur geheimdienstlicher Arbeit: Was geheim ist, bleibt geheim! Dadurch sind Geheimdienste und ihre Methoden faktisch nicht kontrollierbar. Denn bereits der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste sind enge Grenzen gesetzt. Der prüfende und kritische Blick von außen und gesellschaftliche Transparenz sind gänzlich ausgeschlossen. Sowohl die Gesetze als auch die Arbeit der Geheimdienste erschweren und verhindern den prüfenden und kritischen Blick von außen auf die Tätigkeit dieser Einrichtungen. Wer also gegen die Ausbeutung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundrechte ist, der sollte sich nichts vormachen mit der Hoffnung Geheimdienste irgendwie doch noch kontrollieren zu können. Dem bleibt nur die eine Forderung: Geheimdienste abschaffen!

Stefanie Mielast



 **Jetzt offiziell kein Fan von Deutschland werden!**
www.keine-gute-idee.de

Volkzählung die Zweite

Mehr denn je sind Erwerbslose Zielscheibe der detektivischen Anwendungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und anderer zuständiger Ämter

Ende 2005 zog der scheidende Wirtschaftsminister Clement aus einer unrepräsentativen Telefonbefragung von EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II (ALG II) die Folgerung, dass bei der Leistungsvergabe Missbrauch in großem Umfang stattfindet. Clement initiierte daraufhin die Kampagne „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat“.

ALG II EmpfängerInnen müssen tiefe Einschnitte in ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung ertragen. Gemäß SGB II werden Daten über Vermögen, Einkommen, Wohnen, Arbeit, Familiensituation, Gesundheit und vieles mehr für die Bedürftigkeitsprüfung und die Vorbereitung der „passgenauen Eingliederung“ benötigt. Realistisch gesehen, dienen diese Daten der Suche nach staatlichen Einsparungspotentialen und der Bevormundung Erwerbsloser. Datenschutz? Was ist das? Das Gesetz steht ob seiner umfangreichen Datensammlung und seiner desolaten Umsetzung in der Kritik der DatenschützerInnen. Schon der Antrag auf ALG II birgt Mängel. So enthielt die erste Auflage keine Ausfüllhinweise und es fehlte die Datenschutzbelehrung. Bei einer Vielzahl der Fragen war unklar, inwiefern sie für die Antragsbewilligung relevant seien. So werden zum Beispiel die Einkommensverhältnisse Dritter, wie „geschiedener Ehegatte, Eltern, Kinder, Verschwägerter, sonstige Verwandte“ abgefragt. Dies ist rechtswidrig und zudem überflüssig. Angehörige sind nicht per se

unterhaltspflichtig, sondern lediglich, wenn der Antragsteller den Unterhalt einfordert. Außerhalb der Bedarfsgemeinschaft sind nur Eltern gegenüber ihren Kindern unterhalts-

pflichtig. Interessant ist auch, dass Peter Schaar erst nach Beginn ihrer Verschickung und nur auf eigenes Drängen in deren Erstellung mit einbezogen wurde.

Die eigens entworfene Software bietet keine Möglichkeit Zugriffe zu beschränken und zu protokollieren. De facto hat jeder Sachbearbeiter und Fallmanager uneingeschränkte Zugriffsrechte auf alle bundesweiten Daten. Doch nicht nur sie bekommen Einblick in das Leben der Erwerbslosen, sondern wahlweise deren Vermieter oder Arbeitgeber, denn von einigen Ämtern wird ein Mietkostennachweis durch den Vermieter oder eine vom Arbeitgeber ausgestellte Verdienstbescheinigung verlangt.

Die eigens entworfene Software bietet keine Möglichkeit Zugriffe zu beschränken und zu protokollieren. De facto hat jeder Sachbearbeiter und Fallmanager uneingeschränkte Zugriffsrechte auf alle bundesweiten Daten. Doch nicht nur sie bekommen Einblick in das Leben der Erwerbslosen, sondern wahlweise deren Vermieter oder Arbeitgeber, denn von einigen Ämtern wird ein Mietkostennachweis durch den Vermieter oder eine vom Arbeitgeber ausgestellte Verdienstbescheinigung verlangt.

Datenmessias mit Paranoia

Verschiedenste Behörden und Ämter gleichen ohne Wissen der Betroffenen deren Daten ab. Auch Einwohnermeldeamt und KFZ-Meldestellen werden befragt. Dieses Vorgehen wurde erst Mitte 2005 durch die Bundesregierung abgesegnet. Es wird unter anderem nach Indizien geforscht, ob AntragstellerInnen in einer eheähnlichen Gemeinschaft zusammenleben und damit eine

Fazit: Grundrechte gelten nicht angesichts leerer Kassen und für Sündenböcke.

Vera Wallrodt



historisches Plakat zur Volkzählung 1983

verpflichtet, solange diese unter 25 Jahren und ohne Erstausbildung sind. Darauf wird nicht hingewiesen.

Erst auf die scharfe Kritik des Bundesbeauftragten für Datenschutz (BfD) Peter Schaar hin, veröffentlichte die BA Ausfüllhinweise im Internet und überarbeitete die zweite Auflage



Genfood zugelassen, Autobahnen geplant Schwarz-rote Ökologie

Die Bilanz rot-grüner Umweltpolitik war alles andere als positiv. Doch selbst die wenigen Erfolge, die die Vorgängerregierung für sich verbuchen konnte, scheinen unter der Großen Koalition gefährdet. In den Bereichen Energie- und Agrarpolitik, aber auch in der Verkehrspolitik sind bisher keine nennenswerten Fortschritte erkennbar – eher im Gegenteil. Dafür, dass die an der Vorgängerregierung beteiligten Grünen auch aus der Anti-AKW-Bewegung hervorgegangen sind, haben sie wenig erreicht. Immerhin ist es ihnen gelungen Förderprogramme für alternative Energiegewinnung aufzulegen und gleichzeitig feste Auslaufzeiten für den Betrieb von Atomkraftwerken gesetzlich festzulegen. Doch diese scheinen unter der Großen Koalition nun gefährdet.

veränderten Mais zugelassen; Ähnliches gilt für Merkel, die sich in der Vergangenheit sogar als Befürworterin gentechnisch veränderter Produkte hervorgetan hat. Und auch die Förderung biologischer Landwirtschaft, sowie Tierschutz in der Nahrungsmittelproduktion gehören nicht zum Repertoire aktueller schwarz-roter Politik. Dementgegen ist die Aussage, dass das staatliche Kontrollaufkommen gerade bei großen nahrungsmittelproduzierenden Unternehmen nicht zunimmt, eine der häufig wiederholten Beteuerungen aus Seehofers Ressort – auch nach dem Skandal um verdorbene Fleischprodukte.

Von der Schiene auf die Straße

Verkehrspolitik versagt die Große Koalition auf der ganzen Linie. Aus dem Ressort von Bundesverkehrsminister Seehofer vernimmt man vor allem eine eindeutige Absage an die Forderung eine Verlegung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene zu forcieren. Ganz im Gegenteil wird hier von staatlicher Seite vor allem in den Bau von neuen Autobahnen investiert, während die Kürzung der Regionalmitteln für die Deutsche Bahn schweigend hingenommen wird. Diese Entwicklungen sind auch aus einer klimapolitischen Perspektive bedenklich. Alles in allem lässt sich nach den ersten hundert Tagen schwarz-roter Umweltpolitik eine negative Bilanz ziehen. Ob noch Entwicklungsmöglichkeiten hin zu einem Mehr an ökologischer Politik bestehen, wird auch davon abhängen, wie konfliktfähig die SPD-Fraktion ist. Dass allerdings keine progressive Politik, sondern eher Rücktratslosigkeit von Seiten der SPD-Fraktion zu erwarten ist, haben die sozialdemokratischen Parlamentarierinnen bereits in der letzten Legislaturperiode gezeigt.

Große Koalition und Atomlobby

Mit der CDU ist eine Partei an der Regierung, die nie für atom-kritische Positionen und eine alternative Energiepolitik stand. Bereits wenige Tage nach dem Amtsantritt der neuen Regierung machten einige CDU-Ministerpräsidenten deutlich, dass mit ihnen eine Politik des schrittweisen Atomausstiegs nicht zu machen wäre. In dieser Frage ist das letzte Wort in der Koalition nicht gesprochen. Ist im Koalitionsvertrag die Fortführung des Atomausstiegs festgehalten, so hat nichtsdestotrotz Bundeskanzlerin Merkel ihrer positiven Einstellung zu AKW-Laufzeitverlängerungen öffentlich Ausdruck verliehen.

Genfood als Zukunftskonzept?

Auch in der Agrarpolitik ist zweifelhaft, dass eine konsequent ökologische Politik von Seiten der Regierung vertreten wird. Ex-Bundesgesundheitsminister Seehofer war eh und je ein Gegner all zu kritischer Auseinandersetzungen mit Firmen, die Genfood produzieren und hat bereits den Anbau mehrerer Sorten genetisch

www.blaetter.de

Blätter für deutsche und internationale Politik

Blätter für deutsche und internationale Politik

Charthaus für Gültberg (FF)
Bettina Krummholz

Öffentl. Netz Sicherheit/Adaptiv
Christa Ott

Wissenschaft und der neue Laifismus
Dietmar Rothermel

Wilde Australia
Wulf G. Brand

Erdbeben an den Tiefenlat
Albrecht Spitzke

Der Schand der Sachverhalte
Stephan Kretschmer

2'06
3'06

Für jedes Heft:

Elmar Altwater
Das Ende des Kapitalismus,
wie wir ihn kennen
42,5,-, Dampfot-Verlag

oder unsere aktuelle
André-CO 1990-2005

Ich bestelle ein

kostenloses älteres Probeheft
 Probeabo (2 Ausgaben für 10 Euro)
 Abo (70,80 / erm. 54,60 Euro)

Pärmierte
Abos

Blätter (Aboservice) PF 54 00 46, 1000 2
0 89 36 44, Fax 45 46 08 12 48 40

Gewerkschaften und die Große Koalition

Besser als befürchtet, schlimmer als erhofft

Bisher haben die Gewerkschaften eher abwartend auf die Große Koalition reagiert und keine grundsätzliche Kritik an den Vorhaben der neuen Regierung angemeldet. Wäre nicht das Gegenteil angemessener?

„Wichtige Anliegen der Gewerkschaften wurden umgesetzt. Allerdings hätten wir uns eine gerechtere Verteilung der Lasten und deutlichere Impulse für die Konjunktur gewünscht“, so der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, in seinem Statement zum schwarz-roten Koalitionsvertrag.

Wenn er allerdings von „wichtigen Anliegen“ spricht, muss klar werden, dass der DGB die Latte vor der Bundestagswahl eher niedrig gehängt hatte (dies gilt nur eingeschränkt für die IG Metall und ver.di). So wird z.B. als Erfolg präsentiert, dass die Tarifautonomie erhalten geblieben ist. Die Tarifautonomie ist aber nicht irgendein Bonbon, das abhängig Beschäftigten seitens der Regierung gewährt wird, sondern vielleicht die wichtigste institutionelle Voraussetzung für gewerkschaftliche Interessenvertretung in der Bundesrepublik. Ihre Abschaffung hätte die totale Entmachtung der organisierten ArbeiterInnenschaft bedeutet – Ähnliches gilt für den Erhalt der Mitbestimmung (die die FDP per Gesetz abschaffen wollte). Die politischen Kräfteverhältnisse haben sich im Parteienspektrum trotz Auftretens des Linksbündnisses aus PDS und WASG nicht zugunsten der Beschäftigten verschoben.

Dass DGB-Chef Sommer die angekündigte Überarbeitung der „geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse“ (Mini- und Midjobs) begrüßt,

könnte sich schnell als Eigentor erweisen, da die CDU noch in diesem Jahr den Niedriglohnbereich massiv ausweiten möchte – gegen Gewerkschaftsinteressen, denn ein Ausbau dieser Jobs ist bisher noch immer auf Kosten von Vollzeitstellen erfolgt. Auch das Warten auf eine Mindestlohnregelung könnte vergebens sein.



Verteilungspolitisch missfällt den Gewerkschaften neben der Fortsetzung der neoliberalen Politik bei der Einkommensbesteuerung auch die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer. Das angekündigte Konjunkturprogramm der Bundesregierung begrüßt der DGB zwar im Grundsatz, findet die geplante Ausgaben-summe mit jährlich 2,5 Milliarden

Euro jedoch zu niedrig angesetzt. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik werden seitens des DGB vor allem die Fortführung von Hartz IV, die Aufweichung des Kündigungsschutzes und die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre kritisiert. Obwohl ostdeutsche Langzeitarbeitslose nun auch in

werden. Geringe Beachtung finden bei den Gewerkschaften leider die massiven Rechteeinschränkungen, denen Menschen ohne Job durch Hartz IV ausgesetzt werden: Die Ausweitung von Bespitzelungen oder die größeren Möglichkeiten Geldleistungen zu kürzen finden vergleichsweise nur geringfügig Widerhall in der gewerkschaftlichen Beurteilung.

Etwas weniger verhalten gehen die Gewerkschaften in die anstehenden Tarifkämpfe – so fordert die IG Metall für den nächsten Abschluss durchschnittlich 5 % mehr Lohn und Gehalt. Dabei kann sie sich sogar auf unterstützende Statements von Bundeswirtschaftsminister Glos (CSU) freuen. Die Beschäftigten sind anscheinend nicht mehr gewillt, ohne weiteres Lohn- oder Gehaltseinbußen hinzunehmen, nachdem gerade in den letzten Jahren selbst große Zugeständnisse an die Unternehmen (z.B. durch Arbeitszeitverlängerung, Verzicht auf Weihnachtsgeld, Zuschläge usw.) diese nicht von weiterem Arbeitsplatzabbau abhalten konnten. Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich gibt es (zumindest offensiv) allerdings allein von Seiten der Gewerkschaftslinken.

Die Strategie der Gewerkschaften außerhalb der Tarifkämpfe ist also defensiver denn je - Frei nach dem Motto: Es darf nicht noch schlimmer werden.

Alban Werner

Steuerpolitik

Umverteilung von unten nach oben

Nach dem Regierungswechsel von Rot-Grün hin zur Großen Koalition durfte man gespannt erwarten, wie sich die Politik der Umverteilung von unten nach oben im Bereich der Steuern fortsetzt.

Der grundsätzliche Kurs wird beibehalten, an einigen Stellen sind drastische Verschärfungen geplant. Denunzierte die SPD im Wahlkampf die von den Konservativen geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer noch als „Merkelsteuer“, war schnell nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrages der Widerstand verfliegen. Ab 2007 soll nun die Mehrwertsteuer auf 19 Prozent angehoben werden. Zwar gesteht der Finanzminister ein, dass dies nicht gerade förderlich sei für die Binnennachfrage, aber anders sei die notwendige Haushaltskonsolidierung nicht zu bewältigen. Klar ist, dass hiervon vor allem Menschen mit geringerem Einkommen stärker belastet werden: Wer über ein Nettoeinkommen von 800 Euro verfügt, hat im Schnitt eine Einbuße von 1,3 Prozent hinzunehmen, bei 7.000 € hingegen beträgt der relative Verlust gerade mal 0,6 Prozent.

23 auf unter 20 Prozent gefallen. Damit hat die Bundesrepublik neben der Slowakei die niedrigste Steuerquote in der EU überhaupt. Anders ausgedrückt hieße das: Wenn wir noch die Steuersätze und damit das Steueraufkommen aus der Zeit vor Rot-Grün hätten, verfügte der Staat über 60 Milliarden Euro mehr! Durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen von 53 auf 42 Prozent verschenkt der Staat



jährlich weitere 12 Milliarden. Ein Einkommensmillionär zahlt demnach gegenüber 1998 etwa 100.000 € weniger pro Jahr an den Fiskus. Ebenso wie die Vorgängerregierung belastet Schwarz-Rot kleine Einkommen durch die Erhöhung indirekter Steuern und entlastet sowohl hohe Einkommen wie Unternehmen. Die ganze Richtung stimmt nicht, denn hierin liegt nicht nur eine schreiende

Ungerechtigkeit, sondern auch eine drastische ökonomische Fehlentwicklung. Statt einer Konjunkturförder-



Umverteilung von unten nach oben muss er umgedreht werden. Euro Mehreinnahmen zu verzeichnen. Gleichzeitig müsste sowohl eine Vermögenssteuer eingeführt und die Erbschaftsteuer reformiert werden. Aber auch die Besteuerung der Kapitalgesellschaften, die derzeit bei 25 Prozent liegt, müsste deutlich angehoben werden. Mit diesen Mehreinnahmen könnte der Staat ein Investitionsprogramm auflegen, was nicht nur konjunkturförderlich wäre, sondern vernünftige, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen könnte. Der andauernde Trend der Umverteilung von unten nach oben muss nicht nur ein Riegel vorgeschoben werden, für eine sinnvolle und gerechte wirtschaftliche Entwicklung muss er umgedreht werden.

Thomas Winhold (ver.di Hessen)

Würde der Spitzensteuersatz bei den Einkommen beispielsweise auf 47 Prozent angehoben, wie es ver.di fordert, würden dadurch Einkommen über 90.000 € stärker belastet und der Staat hätte rund 7 Milliarden

Kommentar

Bundeswehr im Inneren

Ein halbes Jahr vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft der Männer ging es, wie von der CDU/CSU gewohnt, los: Beckstein und andere Innenminister der Union schrieen panisch nach der Bundeswehr, die im Inland die Deutschen und ihre „Freunde zu Gast“ zur WM beschützen soll.

Die Forderung der Union, die Bundeswehr grundsätzlich auch im Inneren einzusetzen, ist nicht neu. Sie wird seit Jahren immer wieder bei (un-)passenden Gelegenheiten vorgetragen und mit der Überlastung der Polizei bei Großveranstaltungen und mit terroristischen Gefahren nach dem 9.11.2001 begründet. Warum sie den Einsatz der stramm autoritär organisierten Bundeswehr fordern, anstatt für eine bessere Ausrüstung der Polizei, des Katastrophenschutzes, sowie des Sanitäts- und Rettungsdienstes zu argumentieren, ist nicht oder nur mit einem autoritären Staatsverständnis nachzuvollziehen.

Bei der Fußballweltmeisterschaft der Männer soll nun jenseits von Totalüberwachung durch Polizei, privaten Sicherheitsschutz, (RFID)-Funkchips in den WM-Tickets und mit Datenbanken verbundenen Videokameras mit Gesichtserfassung auch die Bundeswehr zum Einsatz kommen. Es ist geplant, dass NATO-AWACS-Flugzeuge über wichtige Schaulplätze der Männer-WM fliegen und den Luftraum erfassen, SanitäterInnen in Bundeswehruniform zeigen wie man Menschen wieder richtig zusammenflickt und ABC-Abwehreinheiten schützen vor terroristischen Gefahren, was das AngstszENARIO perfekt macht.



Wie Panikmache und Totalüberwachung terroristische Anschläge, geschweige denn Taschendiebstahl und Hooliganvandalismus, verhindern sollen ist jedoch völlig unklar, zeichnet sich Terrorismus doch durch subversiv geplante, einzelne Gewaltakte durch kleinere Gruppen oder Einzelpersonen aus. Folgen des vorläufig nur einmaligen Einsatzes der Bundeswehr im Inneren wären eine Gewöhnung der Bevölkerung an eine Bundeswehr mit auch polizeilichen Aufgaben im Inland und somit, bei endgültiger Durchsetzung der Forderung der Union, auch eine Vermischung von Armee und Polizei, die nicht nur nach den Erfahrungen im NS-Regime höchst problematisch ist.

Werden PolizistInnen zur Durchsetzung von Law & Order ausgebildet, haben SoldatInnen immer noch die Aufgabe ggf. fürs Vaterland zu sterben oder zu töten. Die Vermischung dieser beiden Institutionen, jenseits dessen, dass die Bundeswehr abgeschafft und die Polizei demokratisiert gehört, führt zu einer weiteren Aushöhlung des Rechtsstaats, die das Grundgesetz bis jetzt ausdrücklich mit Ausnahme von Katastrophenfällen verbietet.

Marko Kwapinski



Das „Internet der Dinge“ erfasst den Menschen Funkende Bio-Pässe

Technische Entwicklungen und Abbau von Persönlichkeitsrechten gehen häufig Hand in Hand. Das neue Schlagwort „Internet der Dinge“ sieht vor, dass jedes reale Ding markiert und in der virtuellen Welt abgebildet wird. Zur Realisierung dieser Zukunftsvision bietet sich die Technik der RFID (Radio Frequency Identification) an. RFID-Chips sind winzig klein, schwer zerstörbar, brauchen keine eigene Energiequelle und können durch ihre Hauptfunktionalität – das berührungslose Auslesen und Beschreiben – unsichtbar angebracht werden. Diese Technik wird nicht nur im Rahmen der Diebstahlsicherung und zur Erstellung von Kundenprofilen eingesetzt. Die US-amerikanische Firma CityWatcher.com injiziert ihren Mitarbeitern bereits Funkchips zur Zutrittskontrolle.

Die im letzten Jahr entbrannte Debatte um den „funkenden Reisepass“ ist mehr als eine Debatte um den kleinen Funk-Chip. Maßgeblich auf Betreiben der rot-grünen Bundesregierung hat der Europarat die Einführung biometrischer Merkmale in Ausweisdokumenten beschlossen. Im ersten Schritt sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, nicht nur die persönlichen Daten elektronisch zur Verfügung zu stellen, sondern auch das Foto zu digitalisieren. Der zweite Schritt sieht die Speicherung von Fingerabdrücken und Augen-Scans vor. Begründet wird dies mit der Fälschungssicherheit. Verschwiegen wird dabei, dass Passfälschungen extrem selten sind und meistens gestohlene Blanks-Vorlagen benutzt werden. Bei Blanks-Vorlagen kann aber ein Chip auch nicht gegen Fälschung schützen.

Die biometrischen Daten sollen in dezentralen aber miteinander vernetzten Datenbanken für Sicherheitszwecke, insbesondere für die Strafverfolgung, zur Verfügung stehen. Elektronisch gespeicherte Fingerabdrücke können mit Tatortspuren abgeglichen werden, um Straftatverdächtige ausfindig zu machen. Digitale Gesichtsbilder erlauben über den Einsatz von Erkennungsverfahren den Abgleich mit Videobildern. Dies wird verstärkt dazu führen, dass Verdächtige ihre Unschuld beweisen müssen, nicht der Staat die Schuld. Die Speicherung von biometrischen Daten mit RFID-Technologie zeugt

Chip alles gespeichert ist, bekommt nicht mit, wann der Chip aktiviert wird und kann ihn nicht abschalten. Zudem lässt sich nicht ausschließen, dass das Lesegerät in falsche Hände gerät. Dann können staatliche Behörden nicht mehr kontrollieren, wer die Daten auslesen kann. Hinzu kommt, dass es Länder gibt, in denen der Datenschutz eine noch geringere Rolle als in Deutschland spielt. Der worst case, dass man im Urlaub eine CD mit den gesammelten biometrischen Daten aller EU-Einwohner kaufen kann, ist zumindest nicht unwahrscheinlich. Wozu solche Datensammlungen genutzt werden können,

Anti Terror Politik in der EU Freizügigkeit, ade

Auf die Gefahr von Terroranschlägen und Gewalt reagiert die Politik zumeist mit Forderungen nach Härte. Der polizeiliche und militärische Sicherheitsapparat müsse noch weiter ausgebaut werden, heißt es. Außerdem werden von konservativer Seite Szenarien eines „Krieges der Kulturen“ beschworen, dem man durch eine radikale Begrenzung der Zuwanderung entgegenzutreten müsse.

Die Zeiten waren schon einmal unaufgeregter. Nicht genug damit, dass der Konflikt im Nahen Osten durch den Wahlsieg der Hamas neuen Zündstoff bekommen hat. Auch der Streit um die in einer dänischen Zeitung erschienenen „Mohammed-Karikaturen“ sowie das Verhalten der iranischen Regierung unter ihrem neuen Ministerpräsidenten Ahmad Amedinedschad um das Teheraner Atomprogramm und die permanenten Hass Tiraden, die dieser fast täglich

So stellt das Ende 2004 verabschiedete „Haager Programm“ einen Versuch der EU dar, einen gemeinsamen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zu schaffen. In dem Bereich der Terrorismusbekämpfung soll innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren die zwischenstaatliche Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten ausgebaut werden.

Dass die Maßnahmenkataloge nicht unumstritten sind, wird u. a. deutlich an der Kritik von Menschenrechtsorganisationen. So merkte Amnesty International bezüglich des „Haager Programms“ besorgt an, man betone „einseitig den Sicherheitsaspekt zu Lasten der Elemente, Recht und, Freiheit“. Problematisch in diesem Zusammenhang ist auch die Verknüpfung von Sicherheit mit der Steuerung von Migration, der in diesem Dokument der größte Platz eingeräumt wird. Die „Festung Europa“ soll weiter ausgebaut werden, vor allem um zu verhindern, dass Terroristen nach Europa strömen. Ebenso sollen bereits hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund, die nach Ansicht der europäischen Innenminister Hass und Gewalt sähen würden, stärker beobachtet und gegebenenfalls in ihr Heimatland abgeschoben werden können.

Dass sich derartige Maßnahmen vorwiegend gegen Muslime im Allgemeinen richtet, liegt auf der Hand. Wurde diese Bevölkerungsgruppe doch nach den Terroranschlägen 2001 zunehmend unter Generalverdacht gestellt. Aber auch wenn bürgerliche Medien es gerne verzerrt darstellen, die in Europa oder anderswo lebenden Muslime sind kein einheitlicher Block von Menschen, der nur danach strebt den Westen mit Terror zu überziehen. Im Übrigen zeigt sich, dass derartige Anti-Terrorpakete außer der Schikane von MigrantInnen ihren Zweck nicht erfüllen: Sind doch die Anschläge von Madrid und London durch sie nicht verhindert worden.

Alexander Adams



unter Datenschutzaspekten von zusätzlicher Ignoranz. Erst nach Intervention von Datenschützern wurde das Verschlüsselungsverfahren verbessert, ist aber nach neuesten Studien auch schon wieder zu überwinden.

So intelligent die RFID-Chips scheinen, senden sie doch immer, wenn sie durch ein elektromagnetisches Feld aktiviert werden, Daten. Diese sind zwar noch verschlüsselt und lassen sich nur anhand der ID-Nummer auslesen, abschalten lassen sie sich aber nicht. Sie zeigen weder an, dass gerade eine Datenübertragung stattfindet, noch schalten sie sich bei einer bestimmten Anzahl von Fehl-Ausleseversuchen ab. Der Träger eines RFID bestückten Passes kann also selbst nicht sehen, was auf dem

demonstrierte kürzlich der Chaos Computer Club: Spuren Dritter lassen sich mit einem digitalen Fingerabdruck und ein bisschen Schreibwarenutensilien an beliebigen Stellen anbringen. Zusammenfassend ist daher festzustellen: Die Sammlung biometrischer Daten und die Einführung von Funkchips in Ausweisdokumenten erhöht nicht die Sicherheit. Im Gegenteil: Sie macht jeden zum Verdächtigen.

Zum Abschluss noch ein Hinweis für den Alltagsgebrauch: RFID-Pässe verlieren ihre Gültigkeit nicht, wenn der Chip kaputt ist.

Kaya Deniz

gegen Israel aussendet, sorgen nicht für eine Beruhigung der Region. Hinzu kommt der Krieg im Irak, dessen alltägliche Gewalt in Form von Selbstmordattentaten, Entführungen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen die Lage weiter destabilisieren. Doch der Kampf gegen Hass und Fundamentalismus wird nicht bloß auf internationaler Ebene geführt. Dies zeigt sich an dem immergleichen Ritual, das auf Eskalationen von Gewalt und Fanatismus dieser Art üblicherweise folgt. Zusammenkünfte der Innenminister, ob auf EU- oder Bundesebene münden zumeist in Forderungen, den Sicherheitsapparat weiter auszubauen, die Überwachung von öffentlichen Einrichtungen zu erhöhen und datenschutzrechtlich bedenkliche Sammlungen von Informationen über bestimmte, des Terrors verdächtige, Personenkreise anzulegen.

Zur Begriffsklärung in der drogenpolitischen Debatte Prävention oder Selbstbestimmung?

Auch in der Drogenpolitik scheint die schwerpunktmäßige Verwendung bestimmter Begriffe seitens bürgerlicher PolitikerInnen und Regierungen nicht ohne Grund zu passieren.

„Betrunken war ich noch nie. Prävention hat bei mir funktioniert“, so die neue Drogenbeauftragte der Bundes-

Denn Vorbeugen ist ja bekanntlich besser als Heilen und wenn von vorneherein überhaupt nie jemand Drogen konsumieren würde, wäre auch keiner abhängig. Logisch, oder?

Anhand eines 1997 von der damals noch rot-grünen NRW-Regierung herausgegebenen Infoblattes für Schu-

[...] verantwortlich mit Suchtmitteln umgehen, d.h.: vollkommene Abstinenz im Hinblick auf illegale Suchtmittel, verantwortlicher [...] Umgang mit Alkohol mit dem Ziel weitgehender Abstinenz, [...] selbstkontrollierter Umgang mit Tabakerzeugnissen mit dem Ziel möglichst weitgehender Abstinenz, [...]“ Prävention – das

den Menschen da zu sein und für sie zu entscheiden, bevor sie es selbst tun.

Woher nimmt der Staat aber das Recht, die Konsumgewohnheiten Einzelner ‚von oben‘ so genau bestimmen zu wollen? Woher kommt die unglaubliche Weisheit, dass Gesundheit absolut wichtiger

auf dieser Basis eigenverantwortlich entscheiden? Vermutlich hat die grobe staatliche Einmischung in die individuelle Lebensführung den Hintergrund, dass die SchülerInnen in ein paar Jahren mit möglichst guter Qualifikation dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und dort dem Standort dienen ‚sollen‘, um diesen im internationalen Wettbewerb voranzutreiben: Deutschland gegen den Rest der Welt. Da hat eine Gestaltung des eigenen Lebens in Freiheit – zu der zumindest in manchen Lebensentwürfen auch Experimente mit und Nutzung von Rauschmitteln gehören – wohl keinen Platz mehr.

Prävention ist eigentlich ein Stück aktive Bildungsbegrenzung, das auch Frau Bätzing erfahren hat. Aber anscheinend ist sie damit ja nicht ganz unglücklich.

Felix Wiese



regierung Sabine Bätzing (SPD) in einem Interview. Nach ihren künftigen Schwerpunkten gefragt, antwortet Bätzing, Dreh- und Angelpunkt sei die Prävention. Was sonst – so inflationär, wie dieser Begriff hier verwandt wird, müsste man sich fast wundern, setzte bürgerliche Drogenpolitik einmal nicht auf Prävention.

len, passend übertitelt: „Vorbeugen ist besser als Sprechen“ (sic!), lässt sich Aufschluss darüber gewinnen, was mit dem Begriff Prävention eigentlich gemeint ist. So heißt es etwa im Abschnitt „Leitbilder und Leitziele“: „Die suchtpreventiven Bemühungen [...] zielen auf die mündige Schülerin und den mündigen Schüler, die

heißt also nicht: Umfassende Information und danach (in Bezug auf Handlungen, die wenn, dann nur einem selbst schaden) umfassende Freiheit. Hier geht es vielmehr darum, den Konsum auch solcher illegalen Rauschdrogen, die nachgewiesenermaßen weniger gefährlich sind als Alkohol, komplett zu unterbinden, vor

sei als Abenteuer und Erlebnis, als Inspiration, als (Aus-?)Gelassenheit und alle anderen Dinge, die Rauschmittel mit sich bringen können – für jedermann und jederfrau? Warum wird statt dessen nicht als Ziel von Drogenpolitik formuliert, dass alle möglichst umfassend und objektiv informiert und aufgeklärt sind und



Hartz IV und Familie

Wie politisch ist das Private?

Hartz IV verschiebt den sozialstaatlichen Auftrag, der darin bestand, dass der Staat bei individuellen Notlagen den Einzelnen unterstützt, hin zu einer „familialen Solidarität“. Betroffen sind vor allem Frauen, die in Abhängigkeit von Partnern geraten.

„Das Private ist politisch“, war einmal der Slogan der bundesdeutschen Frauenbewegung der 1970er Jahre. Damit sollte der politische Gehalt scheinbar privater Beziehungsstrukturen hervorgehoben werden. Es wurden Kinderläden und Wohngemeinschaften als Alternativen zur Kleinfamilie gegründet. Die neu entstandenen Projekte hatten eine starke gesellschaftliche Ausstrahlung. Schließlich schufen sie die Möglichkeit für die Veränderung der Geschlechterrollen in den Zusammenlebensformen und für die Aufhebung der geschlechterdiskriminierenden Arbeitsteilung, also für eine freie Gesellschaft.

Das scheint heute vergessen. Frauenpolitik ist in der Familienpolitik aufgegangen und Familienpolitik wird hauptsächlich als Bevölkerungspolitik diskutiert. „Wir wollen mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft. (...) Denn Deutschland braucht mehr Kinder“, heißt es im Koalitionsvertrag zwischen schwarz/rot. Familienpolitik geht aber an den tatsächlich gelebten Zusammenlebensformen und an den Bedürfnissen der Individuen, die diese leben, mehr denn je vorbei und begünstigt nach wie vor die Hausfrauen- oder Zuverdienerinnenehe. Nicht nur das Ehegattensplitting, auch die gegenwärtige „Reformierung“ unserer sozialen Sicherungssysteme geht von diesem Modell aus und versucht sie durch Gesetze zu verfestigen. Das Bild der heil(ig)en (Mittelschichts)Familie wird (wieder) an die Litfasssäulen geklebt. Die

geplante Entlastung von Familien durch Steuervergünstigungen für die Kinderbetreuung soll „qualifizierten Frauen“ zukommen. Benachteiligt werden „arme Familien“, die gar keine Steuern zahlen (können). Frauen aus solchen Familien müssen (nach Hartz IV) einen „Mini-Job“ bei einer besser situierten Familie annehmen und



„dienen lernen“. Das schafft neue/alte Unterschichtungen auch unter Frauen und Verhältnisse, die von der bürgerlichen Frauenbewegung bereits um die Jahrhundertwende als frauenverachtend angeprangert worden sind.

Durch das „Hartz-Gesetz IV“ nimmt die Familien- und Kinderarmut bereits in erschreckendem Maße zu. Menschen, die in einer „Bedarfgemeinschaft“ leben, haben keinen unabhängigen Anspruch auf Leistungen. Wenn der Partner bzw. Partnerin genug verdient, bekommen sie nach einem Jahr Erwerbslosigkeit kein eigenes Geld mehr. Betroffen sind vor

allem Frauen, die in Abhängigkeit von Partnern geraten, egal, ob sie verheiratet sind, oder nicht. Einer Schätzung des Sozialverbandes Deutschlands zufolge sind 60 % aller erwerbslosen Frauen bereits ohne Leistungsbezug. Auch hier wird der „Familienernährer“ rekonstruiert und die frauenpolitische Forderung nach eigenständiger Existenzsicherung missachtet. Erst wenn das gemeinsame Einkommen einer Bedarfsgemeinschaft (ca. 700 € für zwei Personen) nicht ausreicht, wird staatlich mitfinanziert. So lange ein Einkommen vorhanden ist, gilt die Versorgungspflicht. Wenn bei beiden Personen erwerbslos sind, besteht auch für die bisher „versorgte“ Frau wieder die Arbeitspflicht. Ob der Partner seinen Verpflichtungen nachkommt, wird nicht kontrolliert. Stattdessen erhalten Alleinerziehende, die zwei Kopfkissen und zwei Zudecken in ihrem Bett haben, kein Geld.

Das könnte anders sein, wenn jedes Mitglied der Gesellschaft als eigenständiges Individuum angesehen würde, das ein Recht auf eigene Existenzsicherung aus eigener Arbeit und selbstgewählte Lebensformen hat und wenn Geld für die Finanzierung von kostenlosen Kindergärten, Lernmitteln und Ganztagschulen für die vorhandenen Kinder zur Verfügung gestellt würde.

Gisela Notz

Vorsitzende des Bundesverbandes pro familia

Folgt Schwarzer dem weißen Kaninchen der CDU?

Alice im Wunderland

Alice Schwarzer unterstützte im Wahlkampf die CDU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel mit einem Aufruf im Internet und einem Vortrag in der von ihr herausgebrachten Zeitschrift „EMMA“. Zudem forderte sie auch andere Menschen auf, ihrem Beispiel zu folgen und startete eine Unterschriftenliste. Begründet hat die Talkshowfeministin Deutschlands ihre Unterstützung mit schwachen Argumenten: Zualtererst zählt für Schwarzer allein die Tatsache, dass Merkel eine Frau ist. Die Programmatik der CDU mache weniger aus und würde sich ja gar nicht so groß von denen der anderen Parteien unterscheiden. Also ist es doch egal ob mensch nun die Frau an der Spitze der Konservativen oder den Macho Gerhard Schröder mit seinem Strahlelächeln wählt. Sowieso sei die Öffentlichkeit da viel zu unfair und würde an Merkel zu sehr mit sexistischen Vorurteilen herangehen.

Um Inhalte geht es für Schwarzer erst in zweiter Linie. Und da stimme sie in einigen Dingen

sogar mehr mit der CDU als mit den anderen Parteien überein. Zwei Beispiele für inhaltliche Nähe sind der Beitritt der Türkei zur EU und der Umgang mit Zwangsprostitution.

Während die CDU den Beitritt eines islamischen Landes zur EU verhindern will, meint Schwarzer Frauenrechte zu verteidigen, wenn sie gegen den Islam wettet. Beiden sind dabei rassistische Vorurteile nicht fremd. Und dass die Rechte von türkischen Frauen durch Abschottung nicht verbessert werden, ist logisch. Selbst für Schwarzer ist Merkel nur ein trojanisches Pferd, also eine Frau, die vielleicht die Emanzipation nicht offensichtlich vorantreiben wird, die aber die Reihen der Männer infiltriert und es anderen Frauen ermöglichen wird ihr zu folgen. Ob das alleine feministischen Ansprüchen genügen wird, muss sich zeigen. Für die, die Schwarzers Argumenten auf den Leim gehen ist Merkel das weiße Kaninchen, dem sie ins Wunderland der CDU folgen sollen.

Dort gibt es aber keine Bemühungen die Frauenrechte auszubauen, sondern Bestrebungen, die Arbeitslosigkeit zu senken indem Frauen subtil dazu gezwungen werden ihren Job für ihre Familie aufzugeben. Wach auf, Alice, Du hast geträumt!



Clarissa Nachtsheim

Frauenpolitik der Bundesregierung

Die neue alte Leier

Deutschland hat eine Bundeskanzlerin – ansonsten hat sich frauenpolitisch nichts getan. Im schwarz-rotten Koalitionsvertrag kommen Frauen schlicht nicht vor.

Die konservative Tageszeitung „Welt“ lobt indes: „Die 100-Tage-Bilanz von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) kann sich sehen lassen. Immerhin ist es ihr gelungen, die Familienförderung in kurzer Zeit zu einem Topthema der Koalition zu machen.“ – und trifft den Nagel auf den Kopf, wenngleich man zugeben muss, dass die meisten schnellen Erfolge von der Leyens von ihrer Vorgängerin Schmitt „geerbt“ sind: Schon Anfang 2005 hatte Schmitt nach dem Erscheinen der Studie „Nachhaltige Familienpolitik“ das neue Topthema gesetzt und langsam den danach aufkommenden Boom der Familienpolitik und auch die Idee des „Elterngeldes“ in die Öffentlichkeit gebracht.

Seitdem sind vor allem zwei Diskussionen öffentlich geführt worden: Die eine darum, ob Elterngeld einkommensabhängig gezahlt werden soll und damit nicht mehr „Jedes Kind gleich viel wert“ ist, die andere wurde darum, dass Akademikerinnen angeblich zu 40% die Mutterschaft verweigern. Die Zahl ist falsch, aber dennoch ist es alarmierend, was seitdem auf Frauen einprasselt. „Wir müssen die Erst-Mal-Mentalität überwinden, die vor das Kind erst mal Berufseinstieg, Hausbau, Heirat, großes finanzielles Polster setzt“, so der begeistert in allen großen Zeitungen wieder und wieder reproduzierte Tenor. Die Frauen seien zu eigennützig, zu bequem. Sogar vom „Beitrag zur Zukunft unseres Landes“, den Frauen zu leisten hätten, war unverblümt die Rede.

Das geforderte Verhalten ist offensichtlich unvernünftig: Alleinerziehend oder arbeitslos zu sein sind neben der Altersarmut, die letztlich die gleichen Ursachen hat, die größten Armutsrisiken: Mehr als 80 Prozent der alleinerziehenden Frauen sind von Armut betroffen, und Alleinerziehende stellen 20% der „Eltern-Kind“ Gemeinschaften. Solange keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, ist weder für Frauen noch Männer im deutschen Sozialsystem eine befriedigende Absicherung vorgesehen, denn aus Kindererziehung leitet sich noch kein Anspruch ab, der Abstieg in die Sozialhilfe ist – zumal seit Hartz – oft vorprogrammiert, ein (Wieder)Einstieg ins Berufsleben dagegen bei chronisch schlechter Kinderbetreuung und deren Kosten in Deutschland nahezu unmöglich.

Die ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung dürften junge Menschen in Ausbildung oder im

Berufseinstieg kalt lassen: Weder das Elterngeld – 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens für die Person die bis ein Jahre lang die Kinderbetreuung übernimmt – noch die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten über 1000 Euro für Paare mit einem oder auch zwei verdienenden Elternteilen sind keine Anreize wenn man knapp bei Kasse ist.

Was Frauen an Regierungshandeln zugute kommt, wird noch nicht einmal im Namen der Gleichstellung gefordert: Eine ausreichende Betreuung von Kindern wird nicht vor dem Hintergrund von Arbeitsentlastung und damit der Ermöglichung einer sozial abgesicherten Lohnverwertbarkeit gefordert, nein die Frühförderung der Kinder steht im Vordergrund. Bei der Vorstellung des Konzepts Elterngeld wurde nicht vergessen zu unterstreichen, dieses Konzept sei auch gut um den „Haushalt als Arbeitgeber“ zu fördern und um die Schwarzarbeit zu bekämpfen.



Dabei gäbe es wahrlich genügend Probleme anzupacken um die Gleichstellung zwischen Mann und Frau tatsächlich zu verbessern. Beispielsweise müssten sozial ungesehenen Minijobs in reguläre Arbeit umgewandelt werden, denn nur dann haben Frauen, die zum überwiegenden Teil dieser „McJobs“ innehaben, die Chance sich eine eigenständige Sicherung zu erwerben. „Folgeprobleme“ der ungesehenen Nebenjobs wie ein schnelles Abrutschen in die Sozialhilfe und Altersarmut wären gemildert. Arbeiterinnen verdienen 26 % weniger als Arbeiter, Weibliche Angestellte verdienen 29 % weniger als männliche, Frauen in gehobeneren Positionen wie Geschäftsführung, Juristin o.Ä. verdienen 17 % weniger als Männer im gleichen Beruf. Dieser Lohndiskriminierung könnte das von der CDU torpedierte Antidiskriminierungsgesetz zumindest rechtlich Abhilfe schaffen.



Noch eine ganze Reihe an Forderungen sind schon lange diskutiert, bekannt und auf den Wunschlisten auch der SPD-Frauen oder der Frauen-Union. Die Bundesregierung will aber, geführt von einer Frau, den Schwerpunkt lieber auf Familienpolitik setzen als Frauen ein eigenständiges Leben mit eigenständiger Absicherung zu vergleichbaren Bedingungen wie Männern näher zu bringen. Kein Wunder, dass Frauen sich nicht in die „Babyfalle“, die unsichere und unangenehme Abhängigkeit von „Familienoberhäuptern“ begeben wollen. Sie denken eben mit.

Astrid Papendick

JD/JL veranstalten jedes Jahr verschiedene Reisen, die nicht nur Spaß, sondern auch politische Hintergrundinformation über das jeweilige Land vermitteln sollen. Die beste Möglichkeit, ein Land und seine Politik von innen und aus „nicht-Mainstream“-Perspektive wahrzunehmen! Meist werden unsere Partner-Jugendverbände besucht, oft gibt es einen bestimmten Themenschwerpunkt.

Die Informationen zu den einzelnen Reisen sind noch vorläufig. Die Reisen können ein bisschen teurer oder billiger werden. Die Reisen kommen nur bei genügendem Interesse zustande. Eine frühzeitige Anmeldung erleichtert nicht nur uns die Planung, sondern sichert euch auch einen der begrenzten Plätze. Bei Fragen fragen!
JungdemokratInnen/Junge Linke | Greifswalder Str. 4 | 10405 Berlin | Fon: (030) 4402 4864 | Fax: (030) 44 02 48 66; Mail: infos@jdl.org

radikal reisen Griechenland

Open Borders, Open Minds - im Mai in Athen!
Reiseziel: Athen | Zeitraum: 03.-07. Mai 06
Teilnahmebeitrag: 100 €
Anmeldeschluss: 07. April 05

Unsere Reise findet zum Zeitpunkt des Europäischen Sozialforums statt - das ESF bietet Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit linken Perspektiven in Europa und die Möglichkeit sich gemeinsam mit einem breiten Spektrum von politisch Interessierten über die aktuellen Entwicklungen in Europa und der Welt zu beschäftigen. Außerdem wird es auf dem ESF einen Youth Space geben, in dem sich die ENDYL-Mitglieder und weitere Jugendorganisationen einbringen - in Form von Workshops zu Themen wie Migration, Islamophobie, Überwachung, europäischer Bildungspolitik. Es macht also Sinn, dass du dir überlegst, ob du dir zu einem Thema eine Workshopleitung vorstellen könntest. Sicher ist: Dich erwarten spannende Diskussionen und eine Menge netter Leute!

radikal reisen Polen

Reiseziel: Warschau, Danzig | Zeitraum: 17.- 23. Juli 06 | Teilnahmebeitrag: 300 €
Anmeldeschluss: 16. Juni 06

Wir wollen uns auf dieser Reise zu unserem Partner Młodzi Socjalisci (Junge Sozialisten), der sich nach der Abspaltung von der Jugendorganisation der Arbeitspartei UP letztes Jahr neu gegründet hat, über die Hintergründe der sich weitenden Schere zwischen Arm und Reich in Polen informieren. Das Hauptaugenmerk dabei werden Probleme und Chancen im Zusammenhang mit der EU-Integration bilden. In einem dreitägigen Seminar wollen wir uns zudem mit deutschen und polnischen linken Positionen zur zukünftigen EU-Wirtschafts-, Sozial- und eventuell auch Bildungspolitik beschäftigen.

radikal reisen USA

Sicherheitspolitik der USA und Europas im Vergleich. | Reiseziel: New York
Zeitraum: 01. bis 12. September 2006
Teilnahmebeitrag: ca. 550 €

Zentrales Thema unserer Reise nach New York wird das Thema der Sicherheitspolitik und Anti-Terror-Politik seit dem 11. September 2001 sein. Das Thema „Internationale Sicherheitspolitik“ steht seit 9/11 an der Spitze der außenpolitischen Agenda sowohl der USA wie auch der EU-Staaten. Wir werden uns mit den Auswirkungen des „Patriot Act“ sowie den sicherheitspolitischen Leitlinien der EU und der deutschen Sicherheitsgesetzgebung für Grundrechte und Demokratie auseinandersetzen. Dabei wird sicher besonders spannend sein, dass wir über den Jahrestag des 11. September in NY sein werden und diesen mitverfolgen können. Wir werden uns in New York mit unserer Partnerorganisation Young Democratic Socialists (YDS) treffen und diese Themen gemeinsam diskutieren. Neben unserem spannenden politischen Rahmenprogramm wird aber auch viel Zeit für Kultur, Shopping, gemeinsames Spazierengehen in den Straßenschluchten von New York und vieles mehr bleiben. Diese Reise wird veranstaltet von der Vereinigung sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB e.V.).

radikal reisen Finnland

Ort: Helsinki, Turku, Joensuu
Zeitraum: 10 Tage, Anfang September
Teilnahmebeitrag: ca. 230 €
Anmeldeschluss: 1. August 2006

In diesem Jahr wollen wir wieder unsere finnische Partnerorganisation Vasemmistonuoret (Vanu) in Finnland besuchen. Aus Erfahrung wissen wir, dass uns dort nicht nur die finnische Lebensart mit Sauna, Salmiakki (Lakritzwodka) und Schwimmen in einem der zahlreichen Seen erwartet, sondern auch ein spannendes politisches Programm. Inhaltlicher Schwerpunkt der Reise wird neben Bildung auch die Privatisierung öffentlicher Plätze sein. Die Reise

Zur Kampagne des Deutschen Frauenrats gegen Zwangsprostitution

Schutz für Zwangsprostituierte

„40000 Zwangs-prostituierte zur WM?“ titelte die Zeitschrift Emma im Januar dieses Jahres unter Berufung auf eine aus der Luft gegriffene Schätzung des deutschen Städtetags. Daneben ein Foto mit grölenden und biertrinkenden Fußballfans. Der Aufhänger des Artikels ist eine Kampagne des deutschen Frauenrats, die Öffentlichkeit und Fans für das Problem erzwungener sexueller Dienstleistungen sensibilisieren will. Sie richtet sich jedoch explizit nicht insgesamt gegen Prostitution, sondern will die Rechte von Prostituierten gestärkt wissen. Die Forderungen des Frauenrats lesen sich zu großen Teilen auch recht gut. Er will zum Schutz der Opfer von Menschenhandel verbesserte Zeugnenschutzprogramme, großzügige psychosoziale Hilfen, die finanzielle Absicherung entsprechender Beratungsstellen sowie die Gewährung von Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten.

Ein Problem und eine Gefahr verbinden sich jedoch mit der Kampagne: Problematisch ist angesichts des Rufes nach Bestrafung der Menschenhändler doch die Frage: Was passiert mit den Frauen ohne legalen Aufenthaltstitel nach Ablauf der Zeugnenschutzprogramme? Der Frauenrat fand am 6.11.05, dass „ein sicheres Bleiberecht auch über die für eine Prozessführung notwendige Anwesenheit hinaus“ nur zu gewähren ist, „falls den Betroffenen in ihren Herkunftsländern kein sicherer Aufenthalt garantiert ist.“ Da die Chancen der meisten Zwangsprostituierten schlecht stehen, einen asylrelevanten Fluchtgrund zu präsentieren, steht für die Frauen am Ende der Kampagne immer noch die Ausweisung. Um Zwangslagen von migrantischen Sexarbeiterinnen zu verhindern, müsste in erster Linie ein fester Aufenthaltsstatus gewährt werden. Ansonsten werden sich die meisten wohl kaum gegenüber Freiern oder der

Polizei „outen“. Das Wegsperrn einzelner „Menschenhändler“ wird zudem gewiss nicht das Geschäft mit der Illegalität in Form von nicht allzu verwerflicher Fluchthilfe und dabei auftretenden einzelnen Fällen von Zwang gegenüber Migrantinnen stoppen. Die meisten Zwangslagen von Sexarbeiterinnen würden aber mit einem sicheren Aufenthaltsstatus schlicht entfallen.

Gefährlich an der Kampagne ist, dass über eine Bestrafung der Freier von Zwangsprostitution einem generellen Prostitutionsverbot das Wort geredet wird. Der Frauenrat grenzt sich zwar deutlich von Forderungen nach einer generellen Freierkriminalisierung ab. Diese hätte zur Folge, dass Prostitution erneut in nicht kontrollierbare Räume verlagert und die betroffenen Frauen nicht nur kriminalisiert würden, sondern überdies relativ schutzlos sowohl Freiern als auch Zuhältern ausgesetzt wären.

Jedoch steht der Frauenrat einer Kriminalisierung von Freiern, die wissentlich Dienste von Zwangsprostituierten annehmen, offen gegenüber – was eine schöne politische Vorlage für die CDU ist, die dies erst 2005 in einem Gesetzesentwurf forderte. Von dort ist es nur noch ein kurzer Schritt zur generellen Freierkriminalisierung. Denn einerseits ist für Prostitutionsgegnerinnen wie die christliche Organisation Solwodi oder die Zeitschrift Emma jede Form der Prostitution ein Zwang gegenüber Frauen. Dabei wird nicht nur die Entscheidung der Prostituierten ausgeblendet, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen oftmals bewusst für das Gewerbe entscheiden. Klar ist zudem, dass ein Prostitutionsverbot die Lage der Frauen (und Männern) im Sexgewerbe lediglich verschlechtert.

Thomas Balzer

Jobwunder WM

Ein Aspekt der Vorbereitungsarbeiten über die Fußballweltmeisterschaft der Männer, ist das beständig wiederholte Versprechen, dass das Ereignis Geld ins Land bringe und Jobs schaffe. Gerade angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ist das ein Gesichtspunkt, der der Popularität der WM in der öffentlichen Wahrnehmung zuträglich ist. Doch bei genauerem Hinsehen erweist sich dieses Versprechen mehr als Lufts Schloss, denn als Prognose eines gesellschaftlich relevanten Nutzens. Als einen „konjunkturellen Adrenalinstoß für Deutschland“ bezeichnete der Chef des Berliner WM-Organisationskomitees das Sportereignis. Denn die WM soll zu einer Ankurbelung der Binnenkonjunktur führen. Das findet auch die deutsche Bundesregierung, die im Zusammenhang mit der Fußball-WM von fünfzig- bis sechzigtausend neuen Jobs spricht, die geschaffen würden, sowie einem Anstieg des Wirtschaftswachstums und weiteren ökonomischen Impulsen gerade für Gastronomie, Einzelhandel und Bauwirtschaft. Binnenkonjunktur ankurbeln? – Fehlanzeige! Doch bereits jetzt vor der WM mehren sich Stimmen, die diese

einseitig optimistische Prognose anzweifeln. Verschiedene Wirtschaftsforschungsinstitute kommen zu dem Schluss, dass die erwarteten positiven Effekte auf gesamtwirtschaftlicher Ebene schlichtweg nicht in relevantem Ausmaß eintreten würden. Investitionen in die Instandsetzung und den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur und Sportstätten in Höhe von rund fünf Milliarden Euro, von denen der Staat etwa vier

Fünftel übernehmen hätte, seien bereits in den Jahren vor der WM getätigt worden. In diesem Zusammenhang sei auch nicht klar, ob das Geld nicht bei anderen öffentlichen Einrichtungen eingespart worden sei und ob nicht zukünftig eine mangelnde Rentabilität der Sportstätten zusätzliche Kosten für die öffentliche Hand verursachen würde. Und auch langfristig positive Auswirkungen auf Einzelhandel und Gastronomie seien ebenfalls kaum zu erwarten, da lediglich für den Zeitraum des Stattfindens der WM eine verstärkte Nachfrage erwartbar sei – wobei die Nachfrage der ansässigen Bevölkerung im Einzelhandel vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation gar nicht signifikant steigen werde. Neue Jobs? – Übernahme ausgeschlossen! All dies kann kaum verwundern: Denn wo Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik auf der ganzen Linie versagen, spiegelt ein einmaliges Großevent lediglich die bestehenden Verhältnisse wider. Dies ver-

deutlichen auch die vielfach angepriesenen neuen Jobs, die im Rahmen der WM geschaffen werden: Begibt man sich auf den Internetseiten der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf die Suche nach Jobs, die im Rahmen der WM angeboten werden, so stellt man schnell fest, dass es sich fast ausschließlich um Beschäftigungsverhältnisse oder gar Praktika handelt, die auf zwei bis drei Monate befristet sind – Übernahme nach Abpfiff des Endspiels: Ausgeschlossen! Dass natürlich viele Erwerbsarbeitslose die perspektivlosen Jobs annehmen werden, liegt auf der Hand: Die BA, die in Kooperation mit dem DFB als Dienstleister in Sachen Arbeitsvermittlung für an der WM beteiligte Unternehmen auftritt, vermittelt in diesem Rahmen auch zahlreiche 1-Euro-Jobs.

Alex Wagner



Was ist... RFID

RFID (Radio Frequency Identification): Eigentlich nur ein kleiner, kontaktloser Chip. Speicherpotentiale sind ähnlich wie bei den kontaktbedürftigen Vorgängern, die als Studiausweis, Krankenkassenskarte oder Paybackkarte im Umlauf sind. Schon diese sind als Datensammlungen, die verschiedenste Aktivitäten und Gewohnheiten ihrer InhaberInnen verfolgbar machen schon lange in der Kritik der DatenschützerInnen. RFID verschärft die bisherigen Kritikpunkte, denn die neue Generation ist so klein, dass sie in ein Kleidungsstück einge-

näht werden kann oder unter dem Preisschild eines Produkts klebt. Die kontaktlose Lesbarkeit bedeutet, dass unbemerkt von NutzerInnen und Nutzern aus-gelesen werden kann. Mit RFID werden Produkte zur Diebstahlsicherung, logistischen Verfolgung und Abrechnung markiert, Freigänger werden über funkende Fußfesseln überwacht, die ersten Firmen injizieren ihren Mitarbeitern Funkchips zur Zutrittskontrolle.

Wo ist RFID schon?

- In der „BahnCard 100“
- Auf den Eintrittskarten zur Fußball-WM 2006

- Im Metro Future Store in Rheinberg – in „intelligenten Regalen“ und Produkten.
- In der Bibliothek der TU Berlin – um verstellte Bücher wieder zu finden.
- In den neuen Reisepässen

Wo könnte RFID zukünftig sein?

- Im Geld: Hitachi arbeitet mit der EZB an der Idee, RFID-Chips in Geldscheine einzubetten. Dadurch würde die Anonymität des Bargelds beseitigt, alles verfolgbar.
- In Klamotten, CD Hüllen, praktisch allen Dingen des täglichen Lebens.
- Unter Deiner Haut?

Was bringt RFID?

Mit dem richtigen Lesegerät kann man Menschen zukünftig buchstäblich durchleuchten: Wie teuer sind jemandes Klamotten, wie viel Geld ist in der Tasche, Welche Vermerke stehen im Ausweis und und und.

RFID ist eine weiterer Schritt zum Gläsernen Menschen. Befürworter argumentieren meist mit den logistischen Vorteilen. GegnerInnen mit den immensen Mißbrauchsmöglichkeiten.

Siehe Seite 2: „Funkende Bio-Pässe“.

Sport und Kampagne für Deutschland

Sport und Nationalismus haben viel gemeinsam. Grade deswegen tut die Fußball-WM der Männer „Deutschland gut“.

Sport ist in vielerlei Hinsicht wichtig für eine nationalstaatlich und kapitalistisch organisierte Gesellschaft. Im Sport, dem organisierten Spiel, wird das eingübt und praktiziert, was Menschen tagtäglich ohne Murren akzeptieren: Das Handeln in der Konkurrenz um Schulnoten, Arbeitsplätze und Absatzmärkte. Tagtäglich muss mensch seine Leistungsfähigkeit als Träger der Ware Arbeitskraft unter Beweis stellen und dabei gut aussehen. Unter rechtlich gleichen und materiell ungleichen Bedingungen wird in der Schule, Betrieb und dem freien Markt um Arbeitsplätze gekämpft. Im Einzelsport kämpft jeder für sich selbst. Im Mannschaftssport stehen sich zwei Kollektive

gegenüber, die sich gegenseitig bekämpfen. In erster Linie geht es beim Sport ums Gewinnen; um das Gewinnen unter Bedingungen, also Regeln, die sich das Individuum nicht selbst gesetzt hat und die unter Drohung von Ausschluss aus dem „Spiel“ befolgt werden müssen. Natürlich sind die meisten SportlerInnen nicht gezwungen, einen Sport zu betreiben. An Sportergebnissen hängen durch Werbepartner, Stadionbetreiber und Mediengesellschaften auch die Vereine und Sportbünde. Wenn ein Verein abstößt, hat das meist auch finanzielle Konsequenzen.

Der Zwang zur Konkurrenz wird nicht kritisch gesehen, sondern bedingungslos akzeptiert. Die WM ist die kulturelle Widerspiegelung eben dieses Verhältnisses der Individuen, Unternehmen und der Nationen insgesamt. Dabei wird die Arbeitslosigkeit

und sonstige Drangsalierung für das Wohl des Standortes eingesehen und akzeptiert, für Deutschland, eben. Werden Menschen als Nation gesehen, verschwinden alle unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse, die sich der Nation unterordnen müssen. Der Gürtel wird enger geschnallt, Hartz IV wird akzeptiert, wenn es dem Standort Deutschland dient. Der Sportverein und seine Überhöhung, die Nationalmannschaft, werden genauso wie der Nationalstaat als eine Schicksalsgemeinschaft aufgefasst. Wer einmal Fan von Verein XY ist, bleibt das meist sein Leben lang, egal wie der Verein nun abschneidet.

Die oben beschriebenen Zustände gelten für jedes Land der Welt. Wegen den nationalsozialistischen Verbrechen war Nationalismus und damit Stolz auf Deutschland verpöht. Seit

längerem ist mit Kampagnen wie „Du bist Deutschland“ eine „Normalisierung“ zu beobachten, die Deutschen finden wieder zu ihrem nationalen Ego. Die Fußball-WM hat Deutsche schon immer dazu veranlasst, ihrem sonst so verheimlichten Nationalismus freien Lauf zu lassen. Deswegen gibt es auch in letzter Zeit einen Anstieg an Werbung, die mit Fußball-Szenarien, wie zum Beispiel Fanblöcken mit Deutschlandfahnen, wirbt. Ob die Obi-Werbung „Wir holen den Titel“ oder die Kampagne „Fanclub Deutschland“, es wird mit nationalen Symbolen für das Zwangskollektiv geworben. Das historische Beispiel wäre das „Wunder von Bern“, der Gründungsmythos Nachkriegsdeutschlands.

David Waldecker

Gewalttäterdateien sollen die WM sicherer machen

Und schnell bist auch du dabei

Die so genannte „Hooligan-Datei“ wurde 1994 nach einem

Beschluss der Innenminister-Konferenz unter dem Namen „Datei Gewalttäter Sport“ (DGS) ins Leben gerufen. Die DGS sollte damals dazu dienen, dem Hooligan-Problem vor und in Städten Herr zu werden – gewalttätige oder straffällig gewordene Personen sollten erfasst, überwacht und mit Maßnahmen wie Ausreiseverboten oder Meldeauflagen in Schach gehalten werden.

Der polizeiliche Umgang mit der Datei Gewalttäter Sport sieht allerdings anders aus: Ins Visier der Ermittlungsbehörden kann heute jedeR normale Fußball-Fan geraten, die sich zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort aufhält. In die DGS können nämlich unter anderem auch

solche Personen eingetragen werden, gegen die ein Prozess eingeleitet wurde, in dem es jedoch nie zu einem Urteil kam.

Wie auch beim Stadionverbot muss das Ermittlungsverfahren nicht abgeschlossen und die entsprechende Person nicht verurteilt sein – die bloße Einleitung reicht schon, unschuldig bis die Schuld bewiesen ist, gilt hier nicht. Wenn sich am Ende eines Verfahrens herausstellt, dass die Person unschuldig ist, bedeutet das noch nicht, dass damit der Eintrag in der „Datei Gewalttäter Sport“ gelöscht wird. Eine Löschung muss grundsätzlich schriftlich beantragt werden, ansonsten werden die Daten erst nach einer Frist von fünf Jahren automatisch aus der Datei entfernt. Auch die Erteilung eines Platzverweises, eine Ingewahrsamnahme oder eine Personalienaufnahme im Rahmen eines Fußballspiels kann zur Eintragung die Datei führen. Platzverweis, Ingewahrsamnahme oder Personalienaufnahme können bei Auseinandersetzungen von gewalttätigen Fans mit der Polizei im Rahmen eines Fußballspiels allerdings leicht jedem auch völlig unbeteiligten treffen.

Wie gesagt: es reicht hierfür einfach zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Für eine Personalienaufnahme muss es noch nicht mal einen Grund geben. Allein die Tatsache, dass man sich an einem Spieltag im Stadionumfeld oder sogar auf dem Weg Stadion-

Bahnhof oder Bahnhof-Stadion befindet, kann für eine Personalienaufnahme ausreichen. Die „Datei Gewalttäter Sport“ ist schon lange nicht mehr das, wofür sie ursprünglich ins Leben gerufen wurde: Als Hooligan-Datei. Viel zu leicht ist es mittlerweile, selbst als ganz normaler Fußball-Fan, in die Datei aufgenommen zu werden. Bei einem Eintrag droht zum Beispiel Ausreiseverbot. Mit der bereits länger bestehenden Hooligan-Datei in Verknüpfung mit Ausreiseverboten, dem geforderten Bundeswehreintrag zur WM, der eingeführten RFID-Technik in WM-Tickets, dem Ausbau der Kamera-Überwachung in WM-Städten wurde zur WM 2006 in Deutschland ein enormer Sicherheitsarchitektur geschaffen, die das öffentliche Leben in der Stadt sowie Grund- und Freiheitsrechte weiter massiv abbaut. Die Fußball-WM wird somit zum Vehikel eines weiteren Ausbaus des staatlichen Überwachungsinventars.

Marija Kaleko

wird ca. 10 Tage dauern und wir werden neben Helsinki mindestens eine weitere finnische Stadt besuchen. Für die Unterbringung und Verpflegung wird unsere finnische Partnerorganisation in Privatwohnungen sorgen.
Hvää Matkaa!

radikal reisen Israel/Palästinensische Gebiete

Reiseziel: Israel/Palästinensische Gebiete
Zeitraum: 10 Tage, September 2006
Kosten: ca. 500 €
Anmeldeschluss: 1. August 06

Auch in diesem Sommer wollen wir uns wieder in Israel und dort insbesondere in den palästinensischen Gebieten über die aktuelle politische Situation informieren. Dort haben sich die politischen Kräfte grundlegend neu gemischt. Die politische Situation insbesondere in Palästina hat sich seit den palästinensischen Parlamentswahlen erdrutschartig verschoben.

Der Wahlsieg der Hamas bezeichnet eine Zäsur in vielerlei Hinsicht und wirft ebenso viele Fragen für die Zukunft des Friedensprozesses und der palästinensischen Selbstverwaltungsstrukturen auf. Offensichtlich kritisch ist deren Ablehnung des Staates Israel und des Friedensprozesses, sowie die Strategie der militärischen und terroristischen Angriffe auf Israel. Insbesondere geht es während der Treffen und Diskussionen mit unserer Partnerorganisation, der Independence Youth Union - Jugendorganisation der Palestinian Democratic Union (Fida), darum, welche Perspektiven sich den demokratischen, friedenspolitisch orientierten Parteien stellen. Aber auch in der israelischen Politik gab es ein wenig Verschiebungen, die wir mit Vertretern der israelischen und palästinensischen Friedensbewegung diskutieren wollen. Durch eine Vielzahl von Treffen, Diskussionen und Begegnungen wollen wir uns ein detailliertes und differenziertes Bild der Situation erarbeiten. Neben dem zwar sehr spannenden aber vollen Programm werden wir natürlich auch ein wenig Zeit für Sightseeing und Stadtbummel haben.

radikal reisen Russland

Building Perspectives - Russland und Europa?
Reiseziel: Moskau, Voronezh
Zeitraum: 22. September - 1. Oktober 06
Teilnahmebeitrag: 400€
Anmeldeschluss: 18. August 06

Russland - ein Land in Bewegung. Das Land, das vor knappen 15 Jahren den Übergang zur Demokratie eingeleitet hat, befindet sich auf einem steinigen Weg zu stabilen politischen Strukturen in denen auch Menschenrechte, Meinungsfreiheit und demokratische Spielregeln Platz haben. In den letzten Jahren hat sich Russland eher zu einem hierarchisch durchstrukturierten Staat entwickelt, der auf Militär und nationalistische Einheitsschwüre mehr gibt als auf emanzipatorische Politik. Trotzdem - es gibt regierungskritische Bewegungen mit Visionen und zu diesen gehört unsere Partnerorganisation Youth Human Rights Movement (YHRM). Besuche bei Oborona, Memorial, Helsinki Group und natürlich YHRM sind geplant - ein spannendes politisches Programm erwartet dich! Museen, Wodka und Pelmeni dürfen natürlich auch nicht fehlen, genauso wenig wie die Erfahrung einer russischen Nachtzugfahrt!

Die Reisen können wir dank der finanziellen Unterstützung des BMFSFJ durchführen.

Fanshop & Infomaterial

Folgende Materialien kannst Du in der Bundesgeschäftsstelle bestellen. Bei den kostenpflichtigen Materialien erfolgt der Versand nur gegen Vorkasse. Einige der Handbücher werden nicht vom Bundesverband sondern von den Landesverbänden vertrieben. Wir leiten Deine Bestellung aber gerne weiter.

Infopaket

mit vielen Flugblättern, verschiedenen Zeitungen & Plakaten

tendenz

- Europa & Soziale Bewegungen
- Antimilitarismus
- Globalisierung
- Innere Sicherheit
- Antifaschismus
- Kritik der „wehrhaften Demokratie“
- Rüstungsexporte & Menschenrechte
- Asylrecht
- Gegen Arbeitszwang

- Europa
- kein mensch ist illegal
- Privater Reichtum - öffentliche Armut
- Antirassismus

Mit Sicherheit rassistisch - Flugblätter:

- „Every Stepp you take.“
- Aufhebung des Datenschutz für MigrantInnen
- „Keine Alternative: \$ 129b StGB abschaffen!!“
- „Ich weiß wen du letzten Sommer unterstützt hast ... Datenschutz ade?“
- „Unheimlich rassistisch - der permanente Ausnahmezustand“
- „Abschottung total - die Verschärfung des Einreise- und Ausweisungsrechts“
- Kritik der „Residenzpflicht abschaffen“

GATS stoppen

- Faltblatt „GATS macht durstig“

- Faltblatt „GATS macht dumm“
- Faltblatt „public services under public controll“

Deportation class

- Sondertendenz Antirassismus
- Faltblatt „boarding information - Was tun bei Abschiebungen im Flugzeug?“
- Faltblatt „Lufthansa Unternehmensbericht. Das Geschäft mit der Abschiebung“

kein mensch ist illegal

- Postkarte „kein mensch ist illegal“
- Faltblatt „illegal lernen“
- Faltblatt „illegal bauen“
- Faltblatt „illegal putzen“
- Faltblatt „illegal krank“
- Plakat „illegal lernen“
- Plakat „illegal bauen“
- Plakat „illegal putzen“
- Plakat „illegal krank“

Handbücher

- Stoffkunde - Drogen: Was wirkt wie und warum (7 €)
- Gegen Arbeitszwang (2 €)
- Freiheit stirbt mit Sicherheit!
- Handbuch gegen Überwachung (3 €)
- Tipps & Tricks für den radikaldemokratischen Alltag (2 €)
- Broschüre gegen Totschlagargumente - Argumente gegen Jugendoffiziere (1,50 €)

Flug- & Faltblätter

- „Mit fremdenfeindlichem Populismus ist keine Linkspartei zu machen!“
- Pluralismus statt Deutschümlelei - Partizipation statt Assimilation“
- „Nichts zu verbergen“ - Überwachung an Hochschulen“
- „Gegen den Irak-Krieg und das halberhitzte Nein der Bundesregierung“
- „Die Verachtung völkerrechtswidriger Standards - der kalkulierte Angriffskrieg“

- „Die ganze Richtung passt uns nicht!“ - Faltblatt gegen Sozialabbau
- „Ohne Rente sehen wir ganz schön alt aus“

T-Shirt

- „Die Verhältnisse zum Tanzen bringen“ (10 €) male & female cut

Buttons

- „kleine Buttons mit verschiedenen Motiven (Stück 0,50 €)

Poster

- Freiheit stirbt mit Sicherheit
- Grenzen auf für alle!
- Nein zum Krieg! Gegen Militarisation
- Noten abschaffen!

Fahne

- Fahne „Horde“ S/W, 100 x 50 cm (15 €)

JungdemokratInnen / Junge Linke

parteionabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteionabhängig.

außerparlamentarisch

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen - im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluss begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

Impressum:

tendenz - Magazin des Bundesverbandes und der Landesverbände der JungdemokratInnen / Junge Linke

JungdemokratInnen/Junge Linke (Bundesverband), Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin; Tel.: 030-440 248-64, Fax: -66; bgs@jdjl.org, www.jdjl.org

Die Publikation wird aus Mitteln des BMFSFJ gefördert.

Redaktion: Stefanie Mielast (ViSDP), Alexander Adams, Teresa Goepel, Phillip Hofmann, Astrid Papendick, Alexander Wagner, David Waldecker, Vera Wallrodt

für radikale Demokratie

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation

JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Gestaltung: Astrid Papendick
Belichtung / Druck: Union-Druck Berlin

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan der JungdemokratInnen / Junge Linke. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist. tendenz kostet im Abo 4,- € pro Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.

LV Nordrhein-Westfalen

„Ins Herz der Bestie sehen“ - Einführungsseminar zu Marx
14.-17.04.2006 in Bielefeld
Infos & Anmeldung: lqf@lqf.de

Von Karfreitag bis Ostermontag findet in Bielefeld das traditionelle Marxismus-Osterseminar der JungdemokratInnen/Junge Linke NRW statt. Gegen den Zeitgeist wird sich dieses Lektüre-Seminar mit einem

der größten Kritiker kapitalistischer Produktionsverhältnisse beschäftigen, mit Karl Marx. Wie sah seine Analyse und Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung aus? Von welchem philosophischen Standpunkt aus startete sein Projekt einer radikalen Kritik, und wo landete er? Wie aktuell ist seine Analyse heute, welche Veränderungen und Zusätze hat sie in den letzten Jahrzehnten erhalten?

LV Rheinland-Pfalz

Programm vorschau:
Termin und Ort werden jeweils noch bekannt gegeben: www.jd-rlp.de

Wochenendseminare:

- ⊗ **Demokratiethorie, Radikaldemokratie, Parlamentarismuskritik**
Warum die real existierende Demokratie nur nicht das Bestmögliche ist
- ⊗ **Faschismustheorie und Islamismus**
Wie kam es zu Auschwitz? Ist Islamismus der Faschismus von heute?
- ⊗ **Ökologie und Kapitalismus**
Alle wollen ökologische Handeln, nur dann klappt's meist nicht. Was das mit Kapitalismus zu tun hat...?

Tagesseminare:

- ⊗ **Sportkritik**
- ⊗ **Argumentationshilfe gegen Rechts**
- ⊗ **Kirche und Staat**

LV Berlin

Mit Sicherheit und Kontrolle durch die Fußball-Weltmeisterschaft
Seminar vom 26. - 28.05.2006 | Infos & Anmeldung: info@jungdemokraten.de

Um einen reibungslosen Ablauf, haben die Fifa, das deutsche WM-Organisationskomitee und Politiker sowie Behörden ein Großaufgebot an Sicherheitsverantwortlichen und Sicherheits-Arbeitsgruppen berufen. Klammheimlich wird eine weitere Stufe von Kontrolle und Sicherheit im öffentlichen Raum durchgesetzt und hoffähig. Die „sichere WM“ wird soziale Ausgrenzungen, repressive soziale Kontrolle und technische Überwachungsmaßnahmen produzieren – überall! Wir werden das im Kontext stadtpolitischer Entwicklungen und allgemeiner Sicherheitsdiskurse analysieren und über politische und soziale Auswirkungen diskutieren.

Termine

LV Hessen

Was heißt eigentlich Radikaldemokratie?
Seminar vom 22. - 24.09.2006 in Fronhausen
Infos & Anmeldung: info@jungdemokratenhessen.de

Jungdemokraten / Junge Linke haben sich die Radikaldemokratie auf die Fahnen geschrieben – in unserem Logo steht sie noch vor Emanzipation und Parteionabhängigkeit. Radikal demokratisch zu sein klingt erst mal gut, aber was genau heißt das... und was ist so radikal an der Vorstellung von Demokratie? Wir wollen an einem Wochenende versuchen zu klären, was unter Radikaldemokratie verstanden wird, welches Gesellschaftsmodell und welche Art politischer Forderungen sich dahinter verbergen.

„Bist du kritisch, kannst du nur schuldig sein.“

Youth Human Rights Movement (YHRM) hat sich 1998 als Jugendorganisation der Moskauer Helsinki Gruppe, einer der ältesten Menschenrechtsorganisationen in Russland, gegründet und sind in einem weiten Spektrum von Rassismus und Intoleranz, Studenten/Schülerrechten, Antimilitarismus bis zu Anti-Folter Initiativen aktiv. Seit 2002 sind sie Partnerorganisation von JD/JL. Wir sprachen mit zwei AktivistInnen, Nastya und Dimitri über ihre Arbeit.

Interview mit Youth Human Rights Movement (oder YHRM)

➤ In Russland wird zunehmend eine Trend zur staatlichen Kontrolle von politischen Aktivitäten verzeichnet. Wie nehmt ihr diese Kontrolltendenzen wahr?

Nastya: Das Schlimmste ist, dass die staatlichen Autoritäten zivilgesellschaftliche und Menschenrechtsaktivitäten unterdrücken, die nicht für Macht, sondern für wichtige Rechte und Freiheiten kämpfen. Übermann von ihrer Angst vor einer „Orangenen Revolution“ wie in der Ukraine, stehen die Autoritäten allen öffentlichen Aktionen sehr skeptisch gegenüber. Zum Beispiel wurde ein antifaschistischer Marsch in Moskau aus „formalen Gründen“ abgelehnt. Ein anderes Beispiel ist der Fall Stalislav Dmitrievsky, Direktor der Russisch-Tschetschenischen Freundschaftsgesellschaft. Dmitrievsky wurde angeklagt wegen „Aufruf zum Hass“ – Grund war ein Interview in seiner Zeitung „Pravozashchita“ mit dem tschetschenischen Rebellenführer Mashadov, in dem sich Mashadov für ein Ende der militärischen Auseinandersetzungen und Verhandlungen aussprach.

Dimitri: Jede unabhängige Aktivität kann als eine politische interpretiert werden und stellt eine Gefahr dar, sei es eine öffentliche Aktion, eine Veröffentlichung oder einfach die Gründung einer Studentengruppe. Natürlich sind nicht alle mit Repressionen konfrontiert, aber der Verdacht ist da und wird mehr und mehr ausgenutzt. Es gibt in Russland keine vom Staat unabhängigen Räume – Wirtschaft, Medien, selbst Gewerkschaften; alle sind eng mit dem Staat verbunden. Politische

Opposition ist zu schwach um Einfluss auf die Politik zu haben. Die Regierung hat so viel Angst vor allem Unabhängigen, dass sie eigene quasi-unabhängige Strukturen schafft. Eine kontrollierte Zivilgesellschaft – die „Öffentliche Kammer“ – eine Kreml-kontrollierte Jugendbewegung namens „Nashi“ sind gute Beispiele. Seit neuestem wird im Kreml die Kreation einer fake-Opposition innerhalb der Regierungspartei diskutiert um alle politischen Spektren zu repräsentieren.

➤ Vor Kurzem wurde ein neues NGO-Gesetz verabschiedet, das Kontrolle über die lokalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verschärft. Wie schätzt ihr die Folgen dieses Gesetzes für eure Arbeit ein?

Nastya: Das Gesetz wurde unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung verabschiedet und zeigt wieder einmal die Angst der russischen Regierung vor einer „Orangenen Revolution“. Die allgemeine Annahme ist, dass die Revolution in der Ukraine aus dem Ausland über die ansässigen NGOs finanziert wurde – das möchte man in Russland verhindern. Die staatlichen Autoritäten werden eine umfassende Kontrolle über die NGO-Financen erhalten und können außerdem Ziele und Projekte der Organisationen kontrollieren. Scheinbar gibt es in Inguschetien die ersten NGOs, denen vorgeworfen wird, ihre Projekte seien nicht vereinbar mit den Satzungszielen und deren Projekte nun verhindert werden. Projektanträge an ausländische Organisationen müssen vor dem Staat begründet werden.

Dimitri: Meiner Meinung nach sind die Details des Gesetzes

weniger wichtig. Viel wichtiger ist das Signal an die Bevölkerung: NGOs arbeiten für den Westen und gegen Russland. Solange du regierungstreu bist, passiert dir nichts. Bist du kritisch, egal wie gesetzestreu du dich verhältst, kannst du nur schuldig sein. Nach diesem Prinzip funktioniert die Wirtschaft, die Politik, die Medien, die Zivilgesellschaft...

➤ Welche Perspektiven seht ihr denn für die Demokratie in Russland?

Nastya: Es gibt eine gute Metapher in Russland: „Russland ist kein Staat sondern ein Ölkonzern“ – und wie für jede profitorientierte Organisation haben Werte keine Wichtigkeit. Die Tendenzen zur totalen Kontrolle der russischen Öffentlichkeit könnten zu Protesten gegen den Abbau von Rechten und Freiheiten führen – deshalb ist eines der Hauptziele unserer Arbeit eine Änderung der Mentalität hin zur Übernahme von Verantwortung.

Dimitri: Ich bin eher pessimistisch. Die Realität ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung gewöhnt ist an das Unternehmensmodell und das Regime akzeptieren. Und solange es keine Öl-oder Gasengpässe gibt, hat Russland Incorporation eine schillernde Zukunft vor sich. Immerhin arbeitet Schröder schon für uns!

Das Interview führte Lisa Gross.

Coupon

... nicht ins Klo werfen sondern..
senden an: Bundesgeschäftsstelle
JungdemokratInnen / Junge Linke,
Haus der Demokratie und
Menschenrechte,
Greifswalder Str. 4,
10405 Berlin

Fon:
(030) 4402 4864
Fax:
(030) 44 02 48 66;
Mail:
infos@jdjl.org
Web: jdjl.org

- Ich will Mitglied werden. Schickt mir die nötigen Unterlagen
- Schickt mir Euer Seminarprogramm!
- Ich möchte über Aktionen in meiner Nähe informiert werden
- Ich möchte über „radikal reisen“ informiert werden
- Ich möchte lesen. Umseitig sind meine Bestellungen angekreuzt

Name:
Vorname:
Straße:
Wohnort:
Telefon:
E-Mail:
Tätigkeit:
Alter:

Deine Angaben werden von uns gespeichert und nur intern an Landes- oder Kreisverbände weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über Deine von uns gespeicherten Daten Auskunft bekommen, Löschung oder Berichtigung verlangen.